

II-4011 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 19641J

1982-06-29

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. KOHLMAIER, Dipl.Ing. RIEGLER, Dr. ETTMAYER,
STAUDINGER

und Genossen

an den Bundeskanzler

betreffend faire Behandlung des Volksbegehrens auf Einsparung
des zusätzlichen Konferenzentrums bei der UNO-City

1,362.562 Österreicherinnen und Österreicher haben das Volksbegehren zur Einsparung des Konferenzpalastes bei der UNO-City unterzeichnet und mit ihrer Unterschrift ihr Engagement in dieser Frage eindrucksvoll bewiesen. Durch diese Anzahl der Unterschriften wurde das Anti-Konferenzentrums-Volksbegehren das erfolgreichste Volksbegehren in der Geschichte der Republik.

Diese Willenskundgebung der österreichischen Bevölkerung ist vor allem deshalb umso stärker zu beachten, als diese 1,36 Mio. sich durch die Unterzeichnung des Anti-Konferenzentrums-Volksbegehrens in aller Öffentlichkeit zu ihrer Meinung bekannt haben.

Die Zeitschrift "Profil" berichtet nunmehr in ihren beiden jüngsten Ausgaben, daß die IAKW-AG bereits zwei Großaufträge in der Größenordnung von mehr als 800 Mio. Schilling für die Errichtung des Konferenzpalastes vergeben hat. Der Baubeginn soll mit 1. Juli 1982 fixiert worden sein.

Dies heißt:

Die Bundesregierung will vor der Behandlung des Volksbegehrens im Parlament vollendete Tatsachen schaffen.

Sie will mit dem Baubeginn das vom Volk gewählte Parlament unter Druck setzen - eine Tatsache, die von verantwortungsbewußten Abgeordneten nicht hingenommen werden kann.

- 2 -

Die Bundesregierung will den Bau des unnötigen Konferenzmonsters durchziehen, obwohl

- o 1,362.562 Österreicherinnen und Österreicher das Volksbegehren gegen den Bau des Konferenzpalastes unterschrieben haben;
- o laut Meinungsumfragen mehr als $\frac{2}{3}$ aller Wahlberechtigten gegen den Bau sind;
- o der Bundesrat am 27. Mai 1982 die Bundesregierung beauftragt hat, alle Planungen und Bauvorbereitungen für den Bau des Konferenzpalastes unverzüglich zu stoppen;
- o der Bundespräsident die Bundesregierung gemahnt hat, indem er meinte, "daß man sich der Zahl der Unterzeichner bewußt sein muß";
- o SPÖ-Klubobmann Dr. Fischer nach Vorliegen des beeindruckenden Endergebnisses des Anti-Konferenzentrums-Volksbegehrens von Seiten der Sozialistischen Partei diesem Volksbegehren eine "faire" und "korrekte" Behandlung zugesagt hat.

Darüber hinaus gibt nunmehr auch Bundeskanzler Dr. Kreisky zu, daß die von ihm immer wieder angekündigten billigen Araber-Kredite, die nur für den Bau des Konferenzpalastes verwendet werden dürften, nicht zu bekommen sind.

Daher:

Der Konferenzpalast muß aus österreichischen Steuergeldern und aus dem österreichischen Budget zu Lasten der nachfolgenden Generationen bezahlt werden.

- 3 -

Da nunmehr auch die letzten Argumente für den unnötigen Konferenzpalast zusammengebrochen sind und das Anti-Konferenzpalast-Volksbegehren im Nationalrat eingebracht wird, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A N F R A G E:

- 1.) Vertreten Sie die Auffassung, daß das von 1,36 Mio. Österreicherinnen und Österreichern unterzeichnete Volksbegehren gegen den Bau des zusätzlichen Konferenzentrums bei der UNO-City "fair" und "korrekt" behandelt wird, wenn durch Auftragsvergaben in nicht unbeträchtlicher Höhe durch die Bundesregierung vollendete Tatsachen geschaffen werden ?
- 2.) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um für den Fall, daß das Parlament gemäß den Intentionen des Anti-Konferenzentrums-Volksbegehrens die Errichtung des Konferenzpalastes untersagt, Fehlinvestitionen zu vermeiden ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.